BUNDESPARTEIGERICHT
CDU-BPG 4/2006

B E S C H L U S S

In der Parteigerichtssache

des Herrn

Dr. med. vet. H. K. in H.

-Antragsteller und Beschwerdeführer-

g e g e n

den Vorsitzenden

des CDU-Landesverbandes N.-W.

Herrn Ministerpräsidenten Dr. J. R. MdL in D.

-Antragsgegner und Beschwerdegegner-

Verfahrensbevollmächtigte:

Generalsekretär des

CDU-Landesverbandes N.-W.

Herr H. W. MdL in D.

Referent Justitiariat des

CDU-Landesverbandes N.-W.

Herr R. R. in D.

wegen Parteiordnungsverfahrens

hat das Bundesparteigericht der CDU auf Grund der mündlichen Verhandlung vom 15. Mai 2007 in Berlin unter Mitwirkung seiner Richterinnen und Richter:

Vorsitzende Richterin am Oberlandesgericht a. D.

Dr. Pia Rumler-Detzel

Präsident des Landgerichts a. D.

Dr. Friedrich August Bonde

Richterin am Bundesgerichtshof a. D.

Dr. Heidi Lambert-Lang

Richter am Bundesgerichtshof a. D.

Karl-Friedrich Tropf

Rechtsanwältin

Petra Kansy

beschlossen:

- 1. Die Beschwerde des Antragstellers gegen den Beschluss des Landesparteigerichts N.-W. vom 08.03.2006 wird zurückgewiesen.**
- 2. Das Verfahren ist gebührenfrei. Außergerichtliche Kosten und Auslagen werden nicht erstattet.**

Gründe:

I.

Der Antragsteller ist Mitglied der CDU im Kreisverband P.. Er hat eine vom Antragsgegner auf dem Bundesparteitag der CDU 2003 in L. angeblich getätigte und aufrechterhaltene Äußerung gegenüber dem Delegierten L. L. zum Anlass genommen, mit Schreiben vom 17.10.2005 an

das Landesparteigericht N.-W. ein Parteigerichtsverfahren gegenüber dem Antragsgegner anzustrengen.

Hintergrund des Begehrens des Antragstellers ist eine Wortmeldung des Delegierten L. auf dem Bundesparteitag, bei dem dieser in Bezug auf das Verhalten der Parteiführung gegenüber dem damaligen Bundestagsabgeordneten M. H. geäußert hat, es werde hier jemand in einem Klima der Vorverurteilung wegen seiner Gedanken mit nicht rechtsstaatlichen Mitteln verfolgt. Der Antragsgegner soll daraufhin geäußert haben: „Mit Leuten wie Ihnen, Herr L., möchte ich nicht mehr in einer Partei sein und ich bin froh, dass Sie auf einem Bundesparteitag zum letzten Mal als Delegierter auftreten.“

Daraufhin hat der Antragsteller den Antragsgegner im Verlauf des Jahres 2004 sowie im Jahr 2005 mehrfach sowohl fernmündlich als auch schriftlich aufgefordert, seine in L.2003 gegenüber dem Delegierten L. getätigte Äußerung zurückzunehmen und in diesem Zusammenhang mehrere vom Antragsteller formulierte Fragen schriftlich zu beantworten.

Der Antragsgegner ließ u. a. mit Schreiben vom 19.05.2005 ein Telefax des Antragstellers vom 27.04.2005 von einem seiner Mitarbeiter mit inhaltlicher Stellungnahme zum Parteiausschlussverfahren gegen M. H. beantworten. Der Antragsteller bestand auf einer weitergehenden und persönlichen Beantwortung seiner Fragen durch den Antragsgegner, was unterblieb.

Der Antragsteller beantragte, ein Parteigerichtsverfahren gegen den Antragsgegner zu eröffnen „zur Untersuchung ausdrücklicher, vorsätzlicher und wiederholter Rechtsbrüche gegen das GG der Bundesrepublik, gegen das Bundesstatut der CDU, gegen das gegebene Ehrenwort.“

Hilfsweise wurde beantragt,

die Angelegenheit an ein zuständiges Parteischiedsgericht zu verweisen.

Der Antragsgegner hat sich vor dem Landesparteigericht nicht zur Sache eingelassen.

Das Landesparteigericht hat den als „Klage“ bezeichneten Antrag des Antragstellers nach mündlicher Verhandlung vom 08.03.2006 als unzulässig zurückgewiesen.

Es begründet seine Entscheidung mit der mangelnden Zuständigkeit des Landesparteigerichts in erster Instanz gem. § 13 Abs. 1 und 2 PGO. Insbesondere komme ein erstinstanzliches

Rehabilitationsverfahren im Sinne des § 13 Abs. 1 Nr. 4 PGO nur dann in Betracht, wenn ein vom Vorwurf des parteischädigenden Verhaltens betroffenes Mitglied eines Landes- oder Bundesvorstands dieses Verfahren gegen sich selbst in Gang setze; ein Parteimitglied könne den Antrag nicht gegen das Vorstandsmitglied stellen. Auch andere Parteischiedsverfahren könnten nur von den in den Parteistatuten vorgesehenen Parteiorganen, nicht jedoch von einem einfachen Parteimitglied betrieben werden.

Ebenso scheitere eine Verweisung an ein anderes Parteigericht, da weder die Zuständigkeit eines Kreisparteigerichts noch die des Bundesparteigerichts gegeben sei.

Hiergegen wendet sich der Antragsteller mit der Beschwerde.

Er beantragt,

die Entscheidungen des Landesparteigerichts aufzuheben und eine parteischiedsgerichtliche Verurteilung des Antragsgegners wegen der auf dem CDU-Parteitag 2003 gemachten Äußerungen auszusprechen, die wie folgt gelautet hätten:

1. „Mit Leuten wie Ihnen, Herr L., möchte ich nicht mehr in einer Partei sein.“
2. „Ich bin froh, dass Sie auf einem Bundesparteitag zum letzten Mal als Delegierter auftreten.“

hilfsweise, die Sache an das zuständige Kreisparteigericht zur Durchführung eines Schlichtungsverfahrens nach § 12 PGO zu verweisen.

Zur Beschwerdebegründung wiederholt er seinen erstinstanzlichen Sachvortrag.

Der Antragsgegner beantragt,

die Beschwerde zurückzuweisen.

Die Beschwerde sei offensichtlich unbegründet. Er trägt unter Vorlage eines Ausschnitts des Protokolls des Bundesparteitags der CDU 2003 in L. vor, dass er sich weder dem Wortlaut noch dem Inhalt nach ehrenrührig gegenüber dem Delegierten L. geäußert habe. Die zitierte Äußerung habe sich nicht auf den Delegierten L., sondern auf Parteimitglieder wie M. H. bezogen. Schon aus diesem Grunde habe es weder eine Zusage oder ein „Ehrenwort“ des

Antragsgegners gegenüber dem Antragsteller gegeben, seine ihm übergebenen Fragen schriftlich zu beantworten.

Am 06.12.2006 hat das Bundesparteigericht ohne mündliche Verhandlung gem. § 39 PGO in der Sache einen Vorbescheid erlassen, woraufhin der Beschwerdeführer mit Schriftsatz vom 28.12.2006 mündliche Verhandlung beantragt hat, die am 15.05.2007 stattgefunden hat.

In der mündlichen Verhandlung wiederholt der Antragsteller seinen erstinstanzlichen Sachvortrag sowie die dort gestellten Anträge.

Der Antragsgegner beantragt, die Beschwerde zurückzuweisen mit Bezug auf seine Ausführungen in der ersten Instanz und den bisherigen Sachvortrag.

II.

Die Beschwerde des Antragstellers ist form- und fristgerecht beim Bundesparteigericht eingereicht und begründet worden. Auf eine formal korrekte Formulierung des Antrags kommt es nicht an, da das Gericht das Begehren des Antragstellers auslegen kann.

In der Sache hat die Beschwerde jedoch keinen Erfolg.

Die Beschwerde ist unbegründet, da dem Antragsteller der Rechtsweg zu den Parteigerichten für sein Anliegen nicht eröffnet ist.

Zunächst fehlt es an einem Rechtsschutzbedürfnis des Antragstellers, der selbst nicht Adressat der Äußerungen des Antragsgegners war. Nur wenn der Antragsteller selbst mit den vorgetragenen Äußerungen gemeint gewesen wäre, könnte eine Betroffenheit im Rechtssinn angenommen werden. Dies ist jedoch nicht der Fall.

Überdies erfassen die in den §§ 11 Nr. 1 - 9 und 13 Abs. 1 - 14 PGO geregelten Zuständigkeiten der Kreis- und Landesparteigerichte keine Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Parteimitgliedern (vgl. hierzu CDU-BPG 3/2000). Die Zuständigkeit der Parteigerichtsbarkeit ist in diesen Vorschriften abschließend geregelt mit der Folge, dass sich aus der PGO für das vom Antragsteller vorgetragene Begehren keine Gerichtsbarkeit ergibt.

Das Landesparteigericht hat deshalb zu Recht sowohl seine Unzuständigkeit als auch die des Kreisparteigerichts angenommen und die Zulässigkeit des Begehrens des Antragstellers verneint.

Das Landesparteigericht hat zudem rechtfehlerfrei festgestellt, dass mögliche Rehabilitationsverfahren auf Fälle des § 13 Abs. 1 Nr. 4 PGO beschränkt sind und gerade nicht diejenigen Fälle erfassen, in denen ein Parteimitglied einem Mitglied eines Landes- oder Bundesvorstands parteischädigendes oder ehrenrühriges Verhalten vorwirft. Rehabilitationsverfahren sind erstinstanzlich nur dann von den Landesparteigerichten zu entscheiden, wenn ein Mitglied eines Landes- oder Bundesvorstands dieses gegen sich selbst wegen des Vorwurfs parteischädigenden oder ehrenrührigen Verhaltens einleitet, nicht jedoch für den umgekehrten Fall, in dem – wie hier – der Antragsteller, ein Parteimitglied, glaubt, ein Mitglied des Landesvorstandes zur Rechenschaft ziehen zu sollen.

Auch die Verweisung der Angelegenheit an das zuständige Kreisparteigericht zur Durchführung eines Schlichtungsverfahrens kommt nicht in Betracht.

§ 12 PGO sieht eine Schlichtung in Fällen rechtlicher Auseinandersetzungen zwischen Parteimitgliedern durch das zuständige Kreisparteigericht vor, wenn das Parteiinteresse durch die Auseinandersetzung in erheblichem Umfang berührt wird. Die Entscheidung darüber, ob das Kreisparteigericht schlichtend tätig wird, liegt im Ermessen des Kreisparteigerichts selbst (vgl. CDU-BPG 1/79). Eine Verweisung kommt schon deshalb nicht in Betracht. Darüber hinaus fehlt auch das Parteiinteresse an der Klärung des einseitigen Vorbringens des Antragstellers, das zudem dem Parteitagsprotokoll in wesentlichen Teilen widerspricht. Ein Schlichtungsverfahren vor dem Kreisparteigericht setzt die Zuständigkeit des Kreisparteigerichts einerseits sowie die Bereitschaft aller Betroffenen zur Schlichtung andererseits voraus. Da Ministerpräsident Dr. R. für eine Schlichtung keine Notwendigkeit sieht, weil der Antragsteller von Missverständnissen ausgeht, die sich aus dem Parteitagsprotokoll widerlegen, fehlt es jedenfalls auch an seiner Bereitschaft zu einem Schlichtungsverfahren.

Zusammenfassend ergibt sich sowohl aus §§ 11 und 13 PGO als auch aus § 12 PGO, dass der Rechtsweg zu den Parteigerichten für das Begehren des Antragstellers nicht eröffnet ist. Ebenso fehlt es an einem Rechtsschutzbedürfnis des Antragstellers für ein solches Verfahren.

Die Beschwerde ist deshalb zurückzuweisen.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 43 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1 PGO. Das Beschwerdeverfahren ist gebührenfrei. Außergerichtliche Kosten und Auslagen tragen die Verfahrensbeteiligten selbst.

gez. Dr. Rumler-Detzel

gez. Dr. Bonde

gez. Dr. Rumler-Detzel

(für Richterin am Bundesgerichtshof a. D.

Dr. Heidi Lambert-Lang, die durch Urlaubsabwesenheit gehindert ist zu unterschreiben)

gez. Tropf

gez. Kansy

Ausgefertigt: Berlin, 12. Oktober 2007